

Sozialismus.de

Heft 9-2023 | EUR 9,00 | C 12232

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



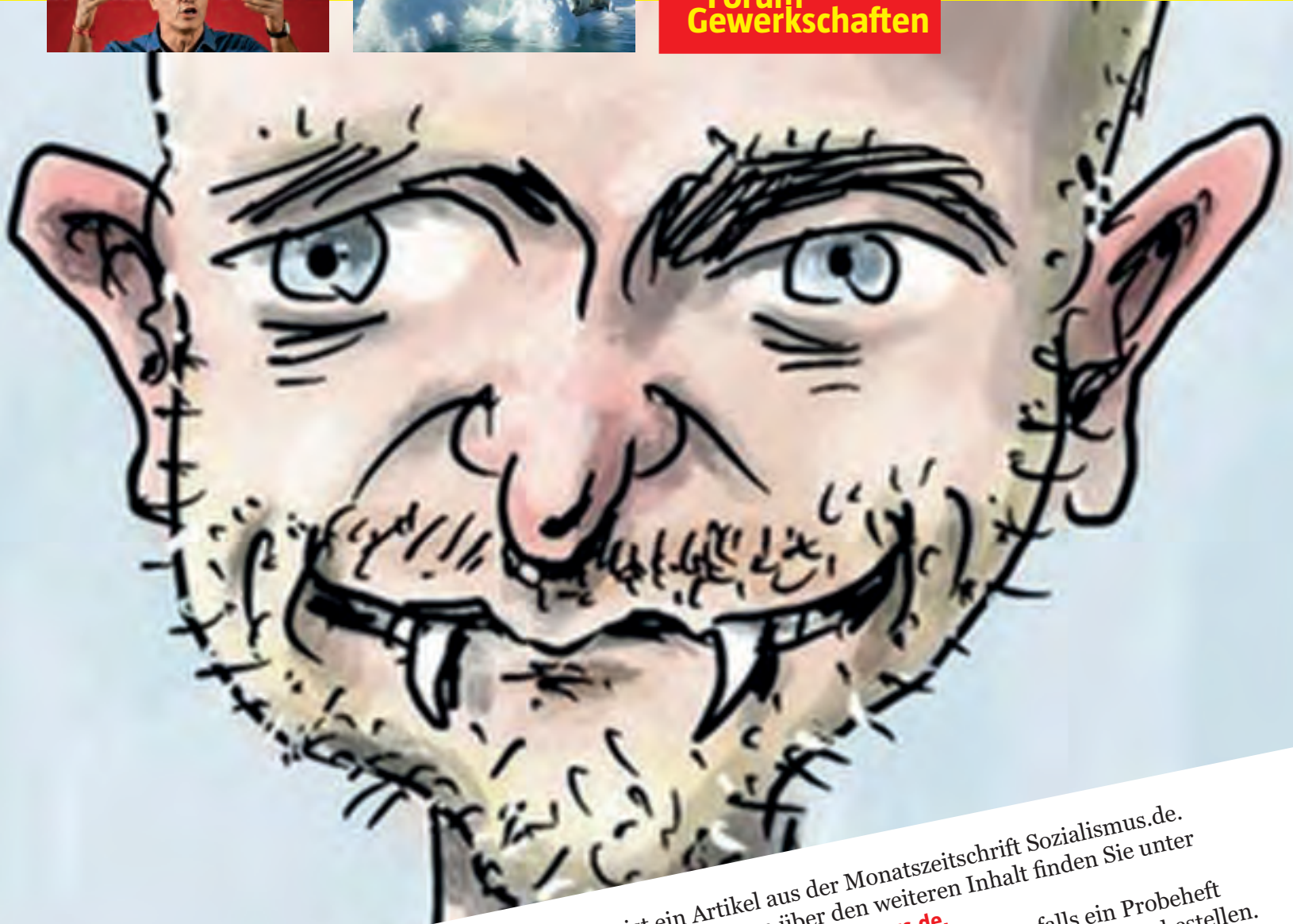
Heinz Bierbaum: Gewerk-
schaftskämpfe und Politik

Andreas Müller: Tarifabschluss
bei der Bahn und die EVG

Beiträge u.a. von
Kim Lucht, Stephanie Odenwald/
Klaus Kohlmeyer, Achim Truger,
Norbert Reuter, Andreas Fisahn,
Alban Werner, Thomas Jaitner,
Mario Keßler, Erhard Korn



Forum
Gewerkschaften



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.Sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Russische Notenbank stützt den Rubel

Die russische Währung befindet sich seit Jahresbeginn im Sinkflug. Der Rubel hat in diesem Jahr zum Euro und US-Dollar rund 20% verloren. Er ist wieder weniger wert als vor Russlands Angriff auf die Ukraine und auf dem niedrigsten Stand seit März 2022. [...]

Die Junta in Niger als Paradigma im Sahel

Es ist typisch für den Westen, dass er die Probleme anderer zu seinen eigenen macht. Auch im Sahel hat er dafür nur scheinbar eine Entschuldigung. Diese Region in äußerster Randlage, die bis vor einem Jahrzehnt nur für humanitäre Organisationen und kleine Abteilungen von Hilfsorganisationen von Interesse war, ist schnell in den Mittelpunkt westlicher Besorgnis gerückt. [...]

Abgang des niederländischen Regierungschefs Mark Rutte

Mit dem Sturz der niederländischen Regierung am 7. Juli endete die Amtszeit von Mark Rutte, dem am längsten regierenden Premierminister in der Geschichte des Landes. Er war der Manager-Politiker par excellence. [...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und
Leser:innen das konkret machen
könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Heft Nr. 9 | September 2023 | 50. Jahrgang | Heft Nr. 486

Angebotspolitische Zeitenwende und die Folgen

Achim Truger: Progressive Finanzpolitik: Pragmatismus statt angebotspolitischer Zeitenwende	2
Norbert Reuter: Der Wandel des Sachverständigenrats und die Rolle der Gewerkschaften	7
Bernhard Müller: Unterminierung des Sozialstaats	11
Klaus Kohlmeyer/Stephanie Odenwald: Vergesellschaftung ist legal! Zur Vergesellschaftung großer Wohnungsbauunternehmen	17
Andreas Fisahn: Rückkehr des Feind-Denkens Schwinden der rechtstaatlichen Liberalität?	21
Björn Radke: Albtraum Klimakrise	25

Linkspartei in Turbulenzen

Joachim Bischoff/Bernhard Müller/Gerd Siebecke: DIE LINKE auf dem Weg zur Splitterpartei? Eine »Zukunft der Linken ohne Sahara Wagenknecht«	29
Alban Werner: Auf dem Weg nach Nirgendwo DIE LINKE zwischen Zerfall, Spaltung und Zweckoptimismus	35

Das Patt auf der iberischen Halbinsel

Thomas Jaitner: Spanisches Wahldrama in zwei Akten	40
--	----

Forum Gewerkschaften

Heinz Bierbaum: Gewerkschaftliche Kämpfe und Politik Zur diesjährigen Tarifrunde	45
Andreas Müller: Die Grenzen der Solidarität Zu den Tarifaueinandersetzungen bei der Bahn	47
Carsten Büchling/Steffen Liebig/Klaus Dörre/Kim Lucht: Innovation durch Mitbestimmung – auch in der Transformation?	51
Richard Detje: KRISE. MACHT. ARBEIT. (Zum gleichnamigen Buch von Hans-Jürgen Urban und Stephan Hebel)	55

Erinnerungen

Richard Detje: Rheinhausens Gesicht (Theo Steegmann 1.12.1955–25.7.2023)	57
Joachim Bischoff/Gerd Siebecke: »Marx ist immer anregend« Zum Tod von Thomas Kuczynski (12.11.1944–19.8.2023)	58
Erhard Korn: Zeitgenosse Martin Walser	60
Mario Keßler: Medien-Intellektuelle in der Bundesrepublik Axel Schildts unvollendetes letztes Werk	62
Siefried Prokop: »Die DDR war stets mehr als nur die Mauer« (Zum Buch vom Katja Hoyer: Diesseits der Mauer)	66

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum	59
Veranstaltungen & Tipps	68
Martin Groschwald: Oppenheimer (Filmkritik)	69

Supplement

Den Ukraine-Krieg beenden

Beiträge von Redaktion Sozialismus.de, Peter Sörgel, Heinz Bierbaum/Michael Brie, Ulrike Eifler, Jeremy Corbyn, Friedrich Steinfeld

DIE LINKE auf dem Weg zur Splitterpartei?

Eine »Zukunft der Linken ohne Sahra Wagenknecht«

von ■ Joachim Bischoff, Bernhard Müller und Gerd Siebecke



Gerhard Trabert/Carola Raackete (Foto: picture alliance/dpa)

In den meisten Wahlumfragen auf Bundesebene pendelt die Linkspartei seit Längerem um die 5%-Hürde. Diese existenzgefährdende Situation beunruhigt die Partei, vor allem auch den Bundesvorstand, einschließlich der Parteivorsitzenden Janine Wissler und Martin Schirdewan. Die Parteispitze hat daher einen »Plan 25« verabredet. Der sieht ein Handlungspaket vor mit dem Ziel, dass DIE LINKE in zwei Jahren gestärkt wieder in den Bundestag einzieht. Der erste Schritt soll darin bestehen, innerparteiliche Streitigkeiten zu klären und zu beenden. Mit dem zweiten soll das politische Profil präzisiert werden, insbesondere bei sozialer Gerechtigkeit und dem Kampf gegen den Klimawandel.

Inzwischen hat sich die Existenzkrise weiter zugespitzt: Zunächst hatte die Ko-Fraktionsvorsitzende der Bundestagsfraktion Amira Mohamed Ali angekündigt, bei den Neuwahlen im September nicht mehr zu kandidieren. Danach hat auch der andere Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch, seit 2015 in dieser

Funktion, seinen Rückzug bekannt gegeben. Er werde bei der Vorstandswahl am 4. September nicht erneut kandidieren. Die Nachfolge bei diesen Führungspositionen ist völlig offen. Durch diese Aktionen des Führungspersonals eskaliert die seit Längerem schwelende Parteikrise. Insgesamt dreht sich der Streit in der Linken nicht nur um die Person von Sahra Wagenknecht, sondern um die Frage, was »moderne linke Politik« ist. Die aktuelle Parteispitze umwirbt die Klimabewegung und will radikale Umweltpolitik verbunden sehen mit sozialem Ausgleich. Wagenknecht und ihre Unterstützer warnen vor zu großen Belastungen durch Klimaschutz. Sie wollen die Migration begrenzen und fordern einen Kurswechsel in der Russlandpolitik, auch wenn der Vorrang für Diplomatie und das Ende von Sanktionen in der Partei insgesamt unstrittig sind.

Joachim Bischoff ist Mitherausgeber, Bernhard Müller und Gerd Siebecke sind Redakteure von Sozialismus.de,

Den innerparteilichen Streit beenden

Mit dem Beschluss auf der Parteivorstandsberatung vom 10. Juni 2023, in dem es heißt: »Klar ist daher: Die Zukunft der LINKEN ist eine Zukunft ohne Sahra Wagenknecht«, wurde zwar nicht die Spekulation über eine Abspaltung oder Neugründung der LINKEN beendet, aber die politische Trennungslinie zu der populären Spitzenpolitikerin ist seitdem deutlich ausgesprochen.

Sahra Wagenknecht, eine Ikone der deutschen Linken, hat mehrfach deutlich gemacht, dass sie ihrerseits in der Partei keine Zukunft mehr sieht und damit zugleich diese gefährdet. Die Politikerin, zeitweilig eine der Fraktionsvorsitzenden im Bundestag und Spitzenkandidatin bei Wahlen, hat sich seit Jahren von ihrer Partei entfremdet. Die Mehrheit der Partei wurde von ihr als »Lifestyle-Linke« attackiert. Zugleich ist sie bereits seit Jahren jeder innerparteilichen Debatte aus dem Weg gegangen, und nutzte ihre Medienpräsenz immer wieder zu einer Generalabrechnung an der politischen Ausrichtung und dem Personal: »Die Linke ist eine völlig andere Partei geworden und vertritt jetzt eine linke Politik, mit der ich nichts anfangen kann«, äußerte sie etwa im Juni dieses Jahres gegenüber dem Schweizer Fernsehen, das ihre Haltung wie folgt zusammenfasste: »Zu woke, zu industriefeindlich, zu grün für die links-konservative Wagenknecht«.

Inzwischen hat die immer noch Bundestagsabgeordnete nicht nur angekündigt, am Ende dieser Legislaturperiode nicht mehr für DIE LINKE zu kandidieren, sondern auch offen damit gedroht, bereits für die Europawahl im kommenden Jahr eine neue Partei zu gründen. Nach langem Wegducken sah sich der Parteivorstand in die Schmutzdecke gestellt, zog die Reißleine und fasste den erwähnten Beschluss zu einer Zukunft ohne Sahra Wagenknecht. Über die programmatisch-inhaltlichen Differenzen schwieg sich die Vorstandsmehrheit allerdings aus.

Wagenknechts Ankündigung, nicht noch einmal für die Linkspartei für den Bundestag zu kandidieren, überraschte nur wenige Beobachter*innen. Wahrscheinlich wäre sie ohnehin nicht wieder aufgestellt worden. Sie werde sich aus der Parteipolitik zurückziehen, »oder es ergibt sich politisch etwas Neues«, ließ sie vieldeutig verlauten. Auf eine mögliche Parteineugründung angesprochen, lautete die sibyllinische Antwort: »Darüber wird an vielen Stellen diskutiert.«

Diese öffentliche Ankündigung, »die Gründung einer konkurrierenden Partei zu prüfen, stellen die Einheit der Linken infrage und schaden uns seit geraumer Zeit massiv«, heißt es in dem Parteivorstandsbeschluss. Zudem würden Wagenknechts Pläne »unsere Wählerinnen und Wähler verunsichern« und seien »respektlos gegenüber unseren Mitgliedern, die sich jeden Tag in den Kreis- und Basisorganisationen und in den kommunalen Vertretungen für eine starke Linke einsetzen«. Innerhalb der Partei würden sich zudem die Berichte mehren, »dass bereits Vorbereitungen zur Gründung eines konkurrierenden Partei-Projektes getroffen werden«.

Die Beziehung von Sahra Wagenknecht und der Mehrheit zunächst der PDS und später der Linkspartei war seit Langem ein politisches Minenfeld. Schon in der PDS provozierte sie als Repräsentantin der kommunistischen Plattform – einer Strömung,

deren Zugehörigkeit sie im Verlauf ihrer Mandate in Parlamenten ohne große Verwerfungen abschüttelte. Und seit 2007 DIE LINKE aus der Verschmelzung von PDS und der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit hervorging, waren Konflikte mit der eigensinnigen Abgeordneten und den Repräsentanten von Bundes- und Fraktionsvorständen Legion.

Seit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine nahmen die mehr oder minder fundierten theoretisch-politischen Differenzen brisantere Formen an. Innerhalb der verschiedenen Führungsorgane wurde durch diesen Epochenbruch und die politisch-ideologische Begleitmusik der von Bundeskanzler Olaf Scholz verkündeten »Zeitenwende« der Graben zwischen Wagenknecht und ihren Anhänger*innen einerseits und den Repräsentanten der anderen Parteiströmungen vertieft. Das Fass zum Überlaufen brachte im September Wagenknechts Russland-Rede im Bundestag. Darin warf sie der Bundesregierung vor, »einen beispiellosen Wirtschaftskrieg gegen unseren wichtigsten Energielieferanten vom Zaun zu brechen«.

Im Februar 2023 mobilisierte sie dann zusammen mit Alice Schwarzer für einen breit unterstützten Aufruf und eine Friedensdemonstration in Berlin. Dabei stellte sie heraus: »Wenn man den Krieg beenden will, muss man einen Kompromiss finden.« Zugleich wurden mit dieser Initiative und später auch um die Ostermärsche herum die heftigen Debatten in den Überbleibseln der Friedens- und Abrüstungsbewegung und der LINKEN weiter befördert.

Ihre Affinität zu einer nationalistisch eingefärbten politischen Rhetorik gegenüber den subalternen Bevölkerungsschichten und der wachsenden Zahl von Flüchtlingen und Migrant*innen verknüpfte sie mit einer Ablehnung der Sanktions- und Ausgrenzungspolitik gegenüber Russland. Mit der Forderung, keine Waffen mehr in die Ukraine zu liefern, oder der Kritik an der »unkontrollierten Zuwanderung« artikuliert Wagenknecht Positionen, die auch von der sozialpatriotisch-völkischen Mehrheitsströmung in der AfD vertreten werden. Sie betont zwar, dass sie mit ausgewiesenen Rechtsextremen wie Björn Höcke nichts zu tun haben wolle. »Aber ich wehre mich dagegen, meine politische Positionierung davon abhängig zu machen, was die AfD sagt.« In trüben nationalistischen Gewässern fischt die Politikerin und Publizistin damit allemal.

Wagenknechts Positionen verfangen sowohl bei einem Teil der Anhänger*innen der Linkspartei als auch bei der neuen Rechten. Eine Wagenknecht-Partei würde viele ansprechen, davon ist Politikwissenschaftler Gero Neugebauer überzeugt: »Sie hat die Fähigkeit, mit ihren Vorstellungen, wie Politik sein sollte, wie vor allen Dingen deutsche Politik gegenüber Deutschen sein sollte, das Bedürfnis, den Wunsch zu wecken zu sagen – ja, warum kann das eigentlich nicht durchgesetzt werden?« Das Potenzial einer eigenen Partei verortet Wagenknecht selbst bei »oberhalb von 20%. Deutlich oberhalb.« Noch zielt sie sich bislang, eine Parteigründung anzugehen, und hält an ihrem Abgeordnetenmandat fest, trotz Aufforderung des Parteivorstands, es niederzulegen.

Sahra Wagenknecht steht für kontroverse Positionen, mit denen sie in ihrer Partei und Teilen der Öffentlichkeit aneckt, wenn es etwa um die politische Auseinandersetzung mit dem Aufstieg der rechten Parteien in Europa und der Berliner Republik geht,

den Krieg in der Ukraine und Waffenlieferungen. Ihrer politischen Strahlkraft schadet dies indes nicht. Doch innerhalb der Partei, für die sie nicht mehr antreten will, gibt es viele, die nach wie vor unsicher sind, wie mit einer ihrer bisher prominentesten und stimmungsgewaltigsten Vertreterinnen umzugehen ist.

Selbst innerhalb der gesellschaftlichen Linken gibt es unterschiedliche Ansichten, ob Wagenknecht wirklich ein eigenes Projekt startet. Der ihr zugerechnete Flügel hat innerhalb der Partei kaum noch Einfluss, aber zugehörige Strömungen wie die Sozialistische Linke, die Karl-Liebknecht-Kreise oder die Reste des früheren »Aufstehen«-Projektes diskutieren inzwischen offen über die Erfolgsaussichten einer Parteigründung. Und eine Abspaltung würde wohl auch von etlichen Bundestagsabgeordneten und Landespolitikern mitgetragen. Im Hintergrund gibt es offensichtlich bereits konkrete Vorbereitungen dafür. Zumindest eine eigene Liste für die Europawahlen 2024 gilt als wahrscheinlich.

Wagenknecht steht aus ihrem Umfeld unter großem Druck, ein solches Projekt anzuführen. Allerdings würde sie das nur unter bestimmten Bedingungen machen: Sie möchte sich auf die Rolle als mediales und politisches Gesicht einer neuen Partei konzentrieren. Das Organisatorische sollen – weil mit Arbeit und politischen Hürden verbunden, wie das Scheitern des »Aufstehen«-Projektes deutlich gemacht hat – andere übernehmen.

Zur Realität gehört allerdings auch, dass die bisherigen Grabenkämpfe zwischen Sahra Wagenknecht und der Partei DIE LINKE sich hauptsächlich auf der Berliner Bühne, vor allem in der Bundestagsfraktion und auf personalpolitischem Terrain abspielten. Publizistisch und medial war dies eine asymmetrische Auseinandersetzung: Zur Freude der bundesrepublikanischen Medienvertreter*innen lieferte Wagenknecht bei ihren zahlreichen Talkshow-Auftritten reichlich »Futter«, allerdings begleitet von ausführlichen Zeitdiagnosen in ihren Büchern. Die Auftritte in den Medien wurden von den Vertreter*innen der

Mehrheit nicht selten positiv bewertet, weil die Partei so wenigstens in der Öffentlichkeit wahrgenommen werde. Und zu von ihr in den Buchpublikationen vertretenen Zeitdiagnosen und Positionen schwiegen die Vertreter*innen der anderen Strömungen und verzichteten auf Parteitag auf eine Auseinandersetzung zugunsten des üblichen Polit-Geraunes auf den Fluren. Insofern überrascht auch nicht, dass in dem Parteivorstandsbeschluss erneut kein inhaltliches Wort dazu und darüber zu finden ist, welche Positionen die Partei künftig ohne Sahra Wagenknecht verfolgen will. Der entscheidende Grund ist sicherlich: Der Angriffskrieg Russlands hat die bisher vertretene Zeitdiagnose, sowie die Bewertung der postsowjetischen Gesellschaften und der modernen kapitalistischen Metropolen weiter erschüttert.

Aufwertung der sozialen Gerechtigkeit

Zumindest der Charakter der LINKEN als Gerechtigkeitspartei soll jetzt laut Plan 25 gestärkt werden. Ex-Parteichef Gregor Gysi und der aktuelle Vorsitzende Martin Schirdewan haben eine Skizze vorgestellt, wie die soziale Gerechtigkeit verbessert werden, und so die verunsicherte Bevölkerung wieder Hoffnung schöpfen kann. »Damit die Hoffnung zurückkehrt – unser Plan für ein gerechtes Land« ist das fünfseitige Papier überschrieben.

»Die fünf reichsten Deutschen haben mehr Vermögen als 50% der in Deutschland lebenden Menschen«, so der aktuelle Ko-Parteivorsitzende. »Diesem obszönen Reichtum« steht »eine immer weiter wachsende Armut« gegenüber. Den konservativen Parteien fiele aber nichts Besseres zur Verminderung dieses Übels ein als ein »Flirt mit den extremen Rechten«, kritisiert Schirdewan.

In der Tat: Die soziale Spaltung eskaliert. Daten zeigen, dass Haushalte mit geringem Einkommen seit den 1990er-Jahren kaum reale Lohnsteigerungen erfahren. Von Corona-Pandemie und Preisexplosion sind gerade diese Haushalte besonders

VSA: Mit Links regieren?

Im Buchhandel oder direkt bei:
VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6,
20099 Hamburg, info@vsa-verlag.de
www.vsa-verlag.de



Benjamin-Immanuel Hoff (Hrsg.)

Neue Wege gehen

Wie in Thüringen gemeinsam
progressiv regiert wird
Eine Veröffentlichung
der Rosa-Luxemburg-Stiftung
260 Seiten | € 16,80
ISBN 978-3-96488-184-7

Seit 2014 regiert im Freistaat Thüringen Rot-Rot-Grün mit Bodo Ramelow (DIE LINKE) als Ministerpräsident an der Spitze. Was ist vor dem Hintergrund der sich stark wandelnden gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Verhältnisse erreicht worden und wie könnte es weitergehen? Antworten von Autorinnen und Autoren aus allen beteiligten Parteien.

betroffen. Die Explosion der Energiepreise infolge des Ukraine-Krieges und der Sanktionen gegen Russland haben eine Inflationsdynamik freigesetzt, die auch zu massiven Umverteilungseffekten führen. Steigende Lebenshaltungskosten haben vor allem bei Menschen mit geringen und mittleren Einkommen massive Einbußen in ihrem Lebensstandard zur Folge. Die Inflation betrug 2022 im Durchschnitt knapp 7% und für viele Menschen mit geringen Einkommen nicht selten das Doppelte davon, weil sie einen viel höheren Anteil ihres monatlichen Einkommens für die Waren und Dienstleistungen ausgeben mussten, die besonders teuer geworden sind, wie Energie und Lebensmittel.

Löhne und Renten konnten mit der Preisdynamik nicht Schritt halten – sie sind im Durchschnitt wenig mehr als 4% gestiegen. Somit haben vor allem Menschen mit geringen Einkommen starke Einbußen in ihrer Kaufkraft hinnehmen müssen, zumal 40% der Menschen in Deutschland praktisch keine Ersparnisse haben, auf die sie zurückgreifen können, um die höheren Lebenshaltungskosten zu stemmen. Die Folgen sind dramatisch: Die Tafeln berichten von mittlerweile zwei Millionen regelmäßigen Besucher*innen. Immer mehr Menschen müssen sich verschulden. Und dies spiegelt sich auch in den Konjunkturzahlen wider, denn es ist vor allem der ungewöhnlich schwache private Konsum, der eine drohende Rezession befördert.

Insofern ist es nachvollziehbar, dass die Linkspartei diese Lebenshaltungskostenkrise in den Mittelpunkt eines Erneuerungsprojektes stellen will. In ihrem Papier schlagen Gysi und Schirdewan deshalb einen gesetzlichen automatischen Inflationsausgleich für alle Löhne und Gehälter vor. Inspiriert sei das von den Nachbarstaaten Belgien, Luxemburg sowie Malta und Zypern, die einen solchen Mechanismus bereits haben, erklärt Gregor Gysi, dort sei die Wirtschaft »daran nicht zugrunde gegangen«. Daneben müsse der Mindestlohn auf 14 Euro erhöht werden und es brauche einen rückwirkenden Inflationsausgleich bei Renten, BAföG, Elterngeld und Sozialleistungen.

Zu einem sozialpolitischen Drama entwickelt sich auch die Wohnungspolitik. So stellt das Verbände Bündnis Wohnungsbau fest: »Wichtige Kennzahlen für die Entwicklung des Wohnungsbaus in Deutschland beim Auftragseingang, den Baugenehmigungen und Baufertigstellungen sowie dem Finanzierungsvolumen sind im letzten halben Jahr innerhalb kürzester Zeit so stark eingebrochen wie seit Jahrzehnten nicht. Private und institutionelle Investoren melden zudem ein Stopp bei der Realisierung von Wohnungsbauprojekten, Investoren kämpfen mit deutlich gestiegenen Bau- und Zinskosten. Jedes bereits genehmigte Projekt wird neu kalkuliert. Statt einem Ausbau der Basis von 300.000 neuen Wohnungen pro Jahr in Richtung 400.000 Wohnungen droht ein Absturz auf 250.000 Fertigstellungen in 2023 und weiter in Richtung 200.000 in 2024.« Deshalb fordert das Bündnis: »Wohnungsbau vor dem Kipppunkt: Mehr Wohnungen im bezahlbaren Segment nötig, weniger Auflagen, klare, auskömmliche Förderbedingungen. Sonst verfehlt die Ampelkoalition die eigenen Ziele dramatisch!«

Dass die Ampel ausgerechnet im sozialen Bereich kürzen will, etwa bei der Asylberatung oder bei psychosozialen Zentren, sei »antizivilisatorisch«, heißt es im Plan 25-Papier. Neben der Aneinanderreihung bekannter Forderungen fehlt al-

lerdings die Konkretisierung und es bleibt bei der Andeutung von politischen Kampagnen: Schuldenbremse abschaffen, Steuerreform, mehr Tarifbindung, Mietendeckel, Vermögens- und Übergewinnsteuer einführen. Der Rundumschlag von Rente und Mindestlohn über steigende Mieten bis hin zur Kindergrundsicherung müsste zugespitzt und die Aussage, dass die aktuellen Lohnerhöhungen nicht ausreichen, um die Inflation auszugleichen, in strategische Überlegungen zur Stärkung der Gewerkschaften eingebettet werden. Nur in dieser Kombination kann die von Gysi vorgetragene Kritik – »Seit 2020 haben wir Jahr für Jahr Reallohnverluste« – politisch wirksam werden.

Immerhin nimmt der Plan einer Lohnoffensive den Osten der Republik stärker in den Blick. Also den Teil des Landes, wo die Gehälter und Renten nach wie vor mickriger ausfallen und besonders viele Menschen zum Niedriglohn arbeiten. Ziel sei es, die Löhne in den Neuen Ländern »bis Ende 2025 zu 100% an das Westniveau anzugleichen«, sagt Gysi.

Kampf gegen Klimakatastrophen

Der Klimawandel ist eine Bedrohung für das Leben vieler Menschen und führt zu großen sozialen und gesellschaftlichen Zerwürfnissen – im Globalen Süden, inzwischen aber auch hierzulande. Hungersnöte, Dürren, Hitzetote in den Städten, Überschwemmungen: Der Planet brennt und das Zeitfenster, den Klimawandel auf unter zwei Grad zu begrenzen, schließt sich. Eine LINKE auf der Höhe der Zeit darf nicht die Hüterin der Öl- und Gasheizungen sein, sondern muss deutlich machen: Eine Energiewende muss durchgesetzt werden, und zwar jetzt und auf sozial gerechte Weise. Denn anders als es die rechte Opposition behauptet, geht die Ampel die Energiewende ja nicht zu schnell an. Sie tut das viel zu zögerlich und wälzt die Kosten auf die ab, die ohnehin wenig haben. Alle, die durchs Land fahren, sehen, dass die Wiesen vielfach verbrannt sind und in vielen Regionen Wassermangel herrscht, und auch in Deutschland die Gefahr von Waldbrand hoch ist.

Klimaschutz muss sozial gerecht sein. Die Wärmewende darf nicht auf die Mieter*innen abgewälzt werden. Der Kohlendioxidausstoß der Menschen ist eben nicht gleich, sondern stark vom Einkommen abhängig. Die Linkspartei will deshalb Menschen mit niedrigen Einkommen stärker unterstützen.

Mit dieser sozialen Betonung soll den Grünen in der Klimapolitik der Rang abgelassen werden. »Wir sind natürlich in unserer Klimaschutzpolitik radikaler als die Grünen, weil wir das auch als eine antikapitalistische Politik begreifen«, unterstreicht Parteichef Schirdewan. Das sei aber keine »Vergrünisierung« der LINKEN. Wenn die Bundesregierung zum Beispiel beim Heizungsgesetz die soziale Frage außen vor lasse, »sind wir als LINKE gefragt«. Insgesamt vollziehe sich wegen sehr großer Unzufriedenheit mit der Bundesregierung gerade ein »Aufstand der abgehängten Bevölkerung«, insbesondere in Ostdeutschland. Er bekräftigte, dass sich die LINKE wieder stärker auf den Osten fokussieren wolle.

In den ostdeutschen Bundesländern hat die AfD mit ihrer sozialpatriotischen und völkischen Programmatik die verbreitete Unzufriedenheit über die Wohlstandsverluste aufgegriffen

und ist mit ihrer aggressiven Rhetorik gegen die Eliten und etablierten Parteien im Begriff, zu den stärksten Fraktionen in den Landtagen aufzurücken. Als herausgehobenes Mittel zur Wiedergewinnung des nationalen Wohlstands propagiert die AfD Abschottung gegen den vermeintlichen Bevölkerungsaustausch und einen Zugang für die Sozialsysteme nur für Einheimische. Die Linkspartei hat in diesen Regionen erheblich an Terrain verloren und die Wiedergewinnung des politischen Vertrauens ist sicher kein Spaziergang. Bislang ist die verkündete Schwerpunktsetzung auf die ostdeutschen Bundesländer auch nur eine Willenserklärung ohne politisch-organisatorischen Unterbau.

Auftritt zu den Europawahlen

Janine Wissler und Martin Schirdewan sind wegen schlechter Wahlergebnisse und Umfragewerte der LINKEN und wegen des Dauerstreits mit Sahra Wagenknecht innerparteilich unter Druck. Mit dem Vorschlag, die Flüchtlings- und Klimaaktivistin Carola Rackete und den Sozialarzt Gerhard Trabert aufzustellen, grenzt sich die Parteispitze klar von Wagenknecht ab, die sich für eine restriktive Migrationspolitik ausspricht. Rackete und Schirdewan sollen das Spitzenkandidatenduo der Partei für die Europawahl bilden, die Plätze drei und vier sollen die EU-Abgeordnete Özlem Demirel und der – wie Rackete parteilose – Trabert besetzen. Letzterer war für die Linkspartei 2022 bereits bei der Wahl zum Bundespräsidenten angetreten.

Carola Rackete, die als Kapitänin von Schiffen zur Rettung von Flüchtlingen im Mittelmeer einem breiteren Publikum bekannt wurde und die insofern für eine andere Migrationspolitik als Wagenknecht steht, will zudem die Klimapolitik zu ihrem Schwerpunkt machen. Sie sieht das Menschenrecht auf eine »gesunde Umwelt, lebensfähige Ökosysteme und ein stabiles Erdklima« bedroht. Die Klimakrise sei zudem die »größte Gerechtigkeitskrise der Welt«. Sie habe sich in den vergangenen Jahren in verschiedenen sozialen Bewegungen und Naturschutzprojekten engagiert. Diese seien angewiesen auf die »Unterstützung einer parlamentarischen Linken«. Im Falle ihrer Wahl wolle sie im Umweltausschuss des EU-Parlaments arbeiten. Und sie wolle das Mandat im engen Dialog mit europäischen Bewegungen ausfüllen: »Für die Linke ist die Absprache klar, dass sie diesen prominenten Listenplatz für Aktivistinnen und Aktivisten frei macht. Es sollen nicht nur die deutschen oder europäischen Bewegungen sichtbar werden, sondern auch die im Globalen Süden, die am wenigsten auf Brüssel einwirken können, obwohl sie von vielen Entscheidungen direkt betroffen sind.«

Mit der Nominierung der beiden parteilosen Prominenten wollen die beiden Parteivorsitzenden vor allem deutlich machen: »Nicht die Geflüchteten sind dafür verantwortlich, dass es zu wenig Wohnraum gibt, sondern ein Grund ist, dass alle 12 Minuten eine Sozialwohnung aus der Bindung fällt. Es sind nicht die Geflüchteten dafür verantwortlich, dass viele Menschen in Armut leben, sondern das ist Folge der Hartz-Reformen, von Niedriglöhnen und Rentenkürzungen. Nicht die Migration ist die Mutter aller Probleme, sondern die soziale Ungleichheit und die Klassengesellschaft. Wir wollen uns noch stärker öffnen gegenüber sozialen Bewegungen, Engagierten aus der Zivilgesell-

schaft und Gewerkschaften. Mit Gerhard Trabert kandidiert der »Arzt der Armen«, der mit seinem Arztmobil Obdachlose versorgt und in Krisen- und Kriegsgebieten auf der ganzen Welt im Einsatz war. Carola Rackete will Klimagerechtigkeit und Klassenpolitik miteinander verbinden. Wenn die Zeiten rauer werden, müssen die fortschrittlichen Kräfte näher zusammenrücken. Es braucht einen neuen linken Pol der Hoffnung. Deshalb freuen wir uns sehr, dass die beiden für DIE LINKE zur Europawahl antreten wollen.« Dieser Personalvorschlag hat freilich die Unterstützer*innen der Wagenknecht-Position in Fraktion und Partei herausgefordert. Das fragile Machtgleichgewicht wurde durch das Agieren der Bundesvorsitzenden unterminiert. Die unzureichende Kommunikation zwischen Partei- und Fraktionsführung hat die Existenzkrise verschärft.

Mit neuer Strategie zurück zu alter Stärke?

Die letzten Jahre waren für DIE LINKE mit einer Kette dramatischer Niederlagen und Fehlschläge verbunden. Und es ist mit Sicherheit enormes Vertrauen zerstört worden. Wahrnehmbar war die Partei vor allem in den vielen Facetten ihres Niedergangs: Sexismusvorwürfe, Rücktritt der Ko-Parteichefin Susanne Hennig-Wellsow, verlorene Landtagswahlen, Parteiaustritte, Endlosstreit mit Sahra Wagenknecht. Zu Recht bewertet der parlamentarische Geschäftsführer Jan Korte diese Zeit als »Desaströs [...] die größte Sorge ist, dass wir so weitermachen wie im letzten Jahr«.

Immerhin ist eine selbstkritische Wende eingeleitet, die jedoch noch keine automatische Aufwärtsentwicklung bedeutet. Gysi verweist auf den zentralen Zusammenhang: »Wenn ich an die Energiepreisentwicklung denke, wenn ich an die Inflation denke, wenn ich an einen Krieg in Europa denke – dann ist gerade da linke Politik notwendig. Wenn wir das alle begreifen und die Selbstbeschäftigung deutlich zurückfahren, dann haben wir eine Chance.«

Der Parteiführung kann der Wille für einen Neustart nicht abgesprochen werden. Neben der Fokussierung auf die Zuspitzung der politischen Programmatik, eines überzeugenden Angebots an Kandidat*innen in den anstehenden Landtagswahlen und der Europawahl müsste auch auf einer Reihe von innerparteilichen Foren eine Verständigung über die Zeitdiagnose und die strategischen Zielsetzungen einer sozialistischen Linken im 21. Jahrhundert angestrebt werden. Denn ein verständliches, basisnahes Politikangebot ist unverzichtbar in einer gesellschaftlichen Situation, in der in vielen europäischen Ländern eine deutliche Rechtsverschiebung feststellbar ist.

Der Bundesvorstand kommt nicht um die Anerkennung des Faktums herum, dass auch in unseren Nachbarländern der Grad der Pulverisierung der politischen Linken weit fortgeschritten ist. Ein Kurswechsel oder Neustart muss daher auf dem stabilen Fundament einer realistischen Zeitdiagnose aufbauen. Ausgangspunkt für eine Erneuerung der sozialistischen Linken muss ein kompromissloser Realismus sein, d.h. eine klare Anerkennung der historischen Niederlage der vorangegangenen sozialistischen Transformationen sowie einer fortgeführten Modernisierung der kapitalistischen Produktionsweise.

Wir sind mit einem chronisch funktionsgestörten kapitalistischen Gesellschaftssystem konfrontiert. Entscheidend ist, dass nirgendwo eine Kraft zu sehen ist, von der eine Umkehr der Abwärtstrends – beim Wirtschaftswachstum, bei der sozialen Ungleichheit, der finanziellen Instabilität und der Erschöpfung der ökologischen Ressourcen – zu erwarten wäre. Vielmehr ist nicht auszuschließen, dass sich die hoch entwickelten kapitalistischen Länder infolge einer von Nationalismus und Rechtspopulismus geprägten Entwicklung zunehmend selbst zerstören. Angst, Ressentiments und Misstrauen wachsen, wenn mit der Ungleichheit zentrale Werte, Identifikationsquellen und Lebensweisen untergraben werden.

Die weltweit blutlere Konjunkturerholung in Verbindung mit »Failing States« verstärkt die vielfältigen Migrationsbewegungen und ermöglicht die Ethnisierung der Konflikte und Fehlentwicklungen, für die ungerechtfertigte Erwartungshaltungen und die Migrant*innen verantwortlich seien. Die sich abzeichnende säkulare Stagnation mit prekären Arbeitseinkommen für große Teile der Bevölkerung verfestigt die soziale Spaltung und die Verunsicherung der gesellschaftlichen Mittelschichten, die immer weniger von dem Credo der sozialen Gerechtigkeit und den meritokratischen Versprechungen des modernen Kapitalismus überzeugt sind.

Die zersplitterte gesellschaftliche Opposition hat gleichwohl die Chance, in Auseinandersetzung mit dem rechten Populismus das klassische demokratische Konzept zu realisieren, Menschen unterschiedlichster Herkunft hinter ein gemeinsames Anliegen zu vereinen. Dazu müssen die Verschiebungen in den Verteilungsverhältnissen, die ökologischen Krisen und die Migrationsbewegungen als Gründe für *Enttäuschungen und Wut anerkannt*, in der politischen Bildungsarbeit genauer analysiert und die notwendigen Schlussfolgerungen daraus für die alltägliche Arbeit der Partei vor Ort gezogen werden. Dies ist die strategische Basis, um auf dieser Grundlage – in Auseinandersetzung mit den betroffenen Teilen der Bevölkerung – ein weitergehendes Programm der gesellschaftlichen Veränderung auf den Weg zu bringen.

Der »heiße Herbst« war der erste Versuch, DIE LINKE als Partei, die den Bewegungen nahesteht, zu profilieren. Dieser Versuch ist auch deshalb gescheitert, weil sie seit längerer Zeit nicht mehr in der Lage war, ausgehend von einer nüchternen Analyse der gesellschaftlichen Widersprüche, den sozialen Konflikten und einer Zeitdiagnose sich als Protestpartei darzustellen.

Auf Basis eines schonungslosen Realismus könnte in der Intensivierung der innerparteilichen Debatte ein Neustart eingeleitet werden: durch Mitgliederseminare, politische Bildung und eine auch nach innen gerichtete gute Öffentlichkeitsarbeit. Auf dieser Grundlage kann eine Mitgliederkampagne erfolgen, mit der ausgetretene Mitglieder zurückgewonnen werden und eine Öffnung gegenüber sozialen Bewegungen Erfolg haben kann. Der Optimismus des Ko-Parteichefs hätte so ein Fundament: »Die Linke wird überleben. Da bin ich mir sehr sicher. Aber unser Ziel ist ja nicht, einfach nur zu überleben, sondern erfolgreich zu sein, etwas zu bewegen und die Gesellschaft positiv zu verändern. Wir wollen der erstarkenden Rechten etwas entgegenzusetzen, linke Ideen voranbringen und die herrschenden Macht- und Eigentumsverhältnisse infrage stellen.«

Mit diesem Ansatz zu einem Neustart hat die Parteiführung ohne weitere Absprache mit der Bundestagsfraktion faktisch auch die bisherige Asymmetrie in der Machtverteilung von Partei und Fraktion aufgekündigt. In der Konsequenz erklärte nun die Ko-Fraktionsvorsitzende Amira Mohamed Ali, die der Wagenknecht-Strömung zugerechnet wird, dass sie für die anstehende Neuwahl der Fraktionsführung nicht mehr kandidieren will. Das bedeutet zugleich, dass mit dem Versuch der Parteiführung, mit einem Plan für soziale Gerechtigkeit und einem Personaltableau wieder in die politische Offensive zu kommen, die fragile Machtverteilung der Strömungen in der Bundestagsfraktion aufgekündigt wurde. Mohamed Ali sah sich in ihrer Rolle als Repräsentantin einer anderen Strömung überfordert, obgleich die Parteivorsitzenden ihr für die geleistete Vermittlungsarbeit ausdrücklich Respekt zollten. Mit dieser unzureichenden Kommunikation eines Neustartplanes ist die Erosion der politischen Machtverteilung in der Führungsspitze der Linkspartei aufgedeckt worden.

Dass auch Dietmar Bartsch nicht erneut für den Fraktionsvorsitz kandidieren will, forciert diese Erosion der politischen Machtverteilung. Bartsch macht zwar für den Verzicht private Gründe geltend, das Signal in Richtung einer weiteren Verschärfung der Krise der Linkspartei aber ist eindeutig, und macht eine Verständigung über die zukünftige politische Führung noch schwieriger.

Der Versuch, endlich die Ebene des personalpolitischen Hickhacks zu verlassen, ist zur Freude großer Teile der politischen Öffentlichkeit gescheitert. Gelingt keine strömungsübergreifende Verständigung in der politischen Führung, droht in der Tat eine Beschleunigung der Entwicklung hin zu einer Splitterpartei. Ob diese mit dem bloßen Verweis auf die »verheerende Politik der Ampel« oder der Beschwörung der Einheitlichkeit bzw. dem Appell zu »Menschlichkeit, Solidarität, Freundlichkeit leben« gestoppt werden kann, bleibt fraglich.

Wagenknecht und eine Minderheit der Bundestagsabgeordneten tragen die Linie der Bundesvorsitzenden seit Längerem nicht mit. Nach dem Rückzug von Dietmar Bartsch werde die Parteispitze den Klimaaktivismus der Grünen weiter überbieten, sagte Wagenknecht. Zudem werde DIE LINKE die Sorgen und Probleme normaler Bürger noch stärker vernachlässigen. In der von ihr repräsentierten Strömung gibt es allerdings ebenfalls offene Probleme in der politisch-strategischen Zielsetzung. Diese sind bislang verdeckt und werden durch die Polemiken gegen die »Vergrünung« oder gegen die »Regierungslinke« in Thüringen und Bremen überspielt. Falls es bis zum Jahresende zur Gründung einer eigenen Partei kommt, droht der Linken insgesamt und ihrer Bundestagsfraktion die Spaltung. Es wird erwartet, dass dann mehrere der 39 Abgeordneten DIE LINKE und die Fraktion zusammen mit Wagenknecht verlassen würden. Mit weniger als 37 Mandaten würde der Fraktionsstatus verloren gehen und damit Geld, Öffentlichkeits- sowie Machtressourcen und der Einfluss der kleinen Oppositionspartei. Mit der Existenz von zwei sozialistischen Parteien wäre auch in Deutschland eine Pulverisierung des »Anti-Kapitalismus« erreicht, der schon in vielen europäischen Nachbarstaaten vorherrscht.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu

theoretischen oder historischen Grundsatzfragen ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

